Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rücksendung eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 59. Donnerstag den 28. Februar 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Anfang der diesjährigen **Ostermesse** fällt auf den **6. Mai** und es **endigt** dieselbe mit dem **25. Mai.**

Während dieser drei Wochen können alle **in- und ausländischen** Handelsleute, Fabrikanten und Gewerbtreibende ihre Waaren hier öffentlich feilbieten. Doch darf der Großhandel in der bisher üblichen Weise bereits in der zum Auspacken bestimmten Vorwoche, vom **29. April** an, betrieben werden.

Das **Auspacken** der Waaren ist den Inhabern der Meßlocale in den Häusern ebenso wie den in Buden und auf Ständen feilhaltenden Verkäufern in der Woche vor der Messe gestattet.

Zum Auspacken ist **das Offenhalten der Meßlocale in den Häusern auch in der Woche nach der Zahlwoche** erlaubt.

Jede frühere Eröffnung, sowie jedes längere Offenhalten eines solchen Verkaufslocals, ebenso das **vorzeitige Auspacken** an den Ständen und in den Buden wird, außer der **sofortigen Schließung**, jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung, mit einer Geldstrafe bis zu **75 Mark** oder entsprechender Haft geahndet werden.

Auswärtigen Spediteuren ist von der hauptzollamtlichen Lösung des Waarenverschlusses an bis mit Ende der Woche nach der Zahlwoche das Speditionsgeschäft hier gestattet.

Leipzig, den 4. Februar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die **Meßbörse für die Lederindustrie** in nächster Ostermesse wird

Dienstag, den 30. April 1889,

Nachmittags von 2—4 Uhr im Saale der **„Neuen Börse"** hier abgehalten werden.

Leipzig, den 4. Februar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.

Leipzig, den 14. Januar 1889.

Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Ersteher der Hölzer in den städtischen Forstrevieren werden hierdurch zur ungesäumten Abfuhre aufgefordert, widrigenfalls nach den Licitationsbedingungen verfahren werden müßte.

Leipzig, am 12. Februar 1889.

Des Raths Forstdeputation.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1885 machen wir hierdurch bekannt, daß der Brunnenbauer

Herr **Ferdinand Käubler**
in Lindenau, Albertstraße,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 26. Februar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 1139. Dr. Georgi. Wolfram.

Bekanntmachung.

Die in Leipzig-Reudnitzerfeld vom 1. März 1889 ab zur Einrichtung anlangenden **Fahrten** zur Bestellung der **angekommenen Post-Packereien** finden auch zur **Einsammlung von abzusendenden Packeten** mit Ausschluß der Werthsendungen Verwendung.

Es wird dabei in der Weise verfahren, daß die Packetbesteller entweder innerhalb der Häuser selbst, welche sie zum Zwecke der Bestellung betreten, oder an denjenigen Stellen, wo ihr Fahrwerk jeweilig enthält, Packete gegen Erhebung der tarifmäßigen Einsammlungsgebühr entgegennehmen und bei der betreffenden Orts-Postanstalt zur Adressirung bringen.

Es ist ferner gestattet, daß die Absender von Packeten in den Fällen, in welchen sie von dieser Einrichtung Gebrauch machen wollen, bei dem Passiren in Leipzig-Reudnitzerfeld mittelst kurzer Benachrichtigung die **Abholung** der Packereien aus der Wohnung u. s. w. beantragen. Diese Benachrichtigung kann mittelst frankirter Bestellschreiben oder Postkarten, welche in den nächsten Briefkasten gelegt werden, erfolgen. Vorausgesetzt wird dabei, daß die Abholung gelegentlich der nächsten Bestellfahrt erfolgen kann, ohne daß es aus diesem Anlaß der Verrichtung besonderer Fahrten bedarf.

Wünschen die Aufgeber, die Packete zu frankiren und erfolgt die Frankirung nicht durch Werthzeichen, so ist dem Packetbesteller unbenommen, sich nach Umständen den ungefähren Betrag des Frankos hinterlegen zu lassen; zu viel erhobene Beträge sind bei der nächsten Bestellfahrt zu erstatten, zu wenig erhobene Beträge dagegen bei der nächsten Fahrt einzuziehen.

Für die Bestellung der **Packete kommen zur Erhebung:**

a. 15 ₰ für Packete bis zum **Gewicht von 5 kg** einschließlich und
b. 20 ₰ für schwerere Packete.

Die obige Gebühr wird für die **Einsammlung** von Packeten erhoben. Gründet mehr als ein Packet zu einer Begleitadresse, so kommt für das schwerste Packet die ordnungsmäßige Bestell- oder Einsammlungsgebühr, für jedes weitere Packet aber nur eine Gebühr von 5 ₰ zur Erhebung.

Leipzig, 26. Februar 1889.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung,

Abbruchsarbeiten bei der Fürstenschule in Grimma betreffend.

Donnerstag, am 14. März dieses Jahres, Vormittags 11 Uhr,

sollen in dem Bauamtsbureau der Fürstenschule die Arbeiten beim Abbruch der südlichen Gebäudetheile im Gesinge an einen Unternehmer unter den im Landbauamte zu Leipzig und dem Baubureau in Grimma einzusehenden Bedingungen an den Mindestfordernden vergeben werden.

Leipzig und Grimma, am 26. Februar 1889.

Königl. Landbauamt. Königl. Bauverwalterei.

Thomasschule.

Freitag, den 1. März, Vormittags 9 Uhr
Prüfung der für Sexta angemeldeten Schüler.

Leipzig, am 22. Februar 1889

Dr. Jungmann.

Bekanntmachung.

Zum Behuf der gegen Ende jedes akademischen Halbjahres zu haltenden Revision der Universitäts-Bibliothek werden die Herren Studirenden, welche Bücher aus derselben entliehen haben, aufgefordert, diese

am 28. Februar, 2. und 4. März

gegen Zurückgabe der Empfangsbescheinigungen abzuliefern.

Die Ablieferung wird in der Weise zu geschehen haben, daß diejenigen, deren Namen mit einem der Buchstaben A—O anfangen, am 28. Februar, die, deren Namen mit einem der Buchstaben P—S beginnen, am 2. März, und die Uebrigen am 4. März (stets zwischen 10—1 Uhr) abliefern.

Alle übrigen Entleiher werden aufgefordert, die an sie verliehenen Bücher

am 8., 9. und 11. März

(während der gewöhnlichen Oeffnungsstunden) zurück zu geben.

Während der Revisionszeit (28. Februar bis 14. März incl.) können Bücher nicht ausgeliehen werden. Ebenso muß während derselben das Lesezimmer geschlossen bleiben.

Leipzig, den 25. Februar 1889.

Die Direction der Universitäts-Bibliothek.
J. V.:
Dr. Förstemann.

Schönefelder Rothestiftung. Die Zinsen dieser Stiftung sind an einen unbemittelten Kranken aus der Parochie Schönefeld oder Reudnitz als Beihilfe zu einer Bade- oder anderen Cur zu vergeben. Bewerber haben ihre Gesuche schriftlich oder mündlich bis zum 15. März bei dem unterzeichneten Pfarrer anzubringen.

Schönefeld, am 27. Februar 1889.

Der Kirchenvorstand.
H. Schmidt, P.

Ungarn und der Dreibund.

Die Erklärungen, welche die ungarischen Abgeordneten Graf Apponyi und Helfy am Montag im Abgeordnetenhause abgegeben haben, waren keineswegs so überflüssig, als der Inhalt der beiden Erklärungen zu beweisen scheint. Die gesammten Verhandlungen über das Wehrgesetz, welche nun schon seit dem 10. Januar im Gange sind, haben einen Grad von Abneigung gegen deutsches Wesen und deutsche Sprache zu Tage gefördert, welcher mit herzlicher Freundschaft für das deutsche Reich und dem Wunsche engen politischen Anschlusses an dasselbe nicht vereinbar erschienen. Wiederholt trat die Auffassung auf Seiten der ungarischen Opposition hervor, daß Ungarn durch Annahme des §. 25 des Gesetzes, welcher die Ablegung des Officierexamens in deutscher Sprache vorschreibt, in eine Art von Abhängigkeit vom Deutschthum gerathen würde, und der persönliche Gegensatz, in welchem sich die Opposition zu Tisza und seinem Sohne befindet, hatte ebenfalls eine deutlich erkennbare Spitze gegen Deutschland. Graf Apponyi legt den Ton darauf, daß er als Delegationsmitglied das Bündniß Oesterreich-Ungarns mit Deutschland und den Anschluß an Italien stets mit begeisterter Zustimmung begrüßt habe. Diese Thatsache ist vorhanden, aber damit schien die gegenwärtige Haltung des Grafen Apponyi in der Wehrgesetzfrage in Widerspruch zu stehen, und die Annahme war nicht ausgeschlossen, daß Graf Apponyi seine Meinung in diesem Puncte geändert habe. Wir haben in Deutschland die Sache immer so angesehen, daß Tisza der Hauptvertreter des Bündnisses Oesterreich-Ungarns mit Deutschland in Ungarn sei, und mit Rücksicht auf den ganzen Verlauf der Wehrgesetzberathung war die Vermuthung nahe liegend und berechtigt, daß der Angriff gegen Tisza nicht rein persönlicher Natur sei, sondern mit seiner Haltung in der Bündnißfrage zusammenhänge. Tisza hat selbst die Gelegenheit freudig ergriffen, um zu sagen, daß die Kenner der ungarischen Verhältnisse von den Erklärungen Apponyi's und Helfy's nicht überrascht worden wären, aber die Fassung der ersten telegraphischen Mittheilung über die Sitzung war eine andere und enthielt die Worte: „Tisza sprach die aufrichtigste Freude darüber aus, daß die beiden Parteien der Opposition so entschieden für die deutsche und italienische Allianz eintreten." Diese Abweichung in den beiden Berichten, dem vorläufigen und dem ausführlichen, läßt das Streben erkennen, Tisza im Puncte der Bündnißfrage als vollkommen einverstanden mit der Opposition erscheinen zu lassen, obwohl über dieses Einverständniß offenbar erst die Erklärungen Apponyi's und Helfy's die wünschenswerthe Klarheit und Sicherheit verbreitet haben, welche vorher nicht vorhanden war.

Das Verhältniß zwischen Tisza und der Opposition ist überhaupt in den letzten Tagen ein anderes geworden; der Sturm gegen den Ministerpräsidenten ist vorüber; die Opposition hat eingesehen, daß ihr der Sturz Tisza's unter den bestehenden Verhältnissen doch nicht gelingen wird, und deshalb zieht sie andere Saiten auf. Die Bündnißfrage war bisher nicht zur Sprache gekommen, sie war nur mittelbar gestreift worden durch die Angriffe gegen Deutschland und die spöttische Vergleichung zwischen Herbert v. Bismarck und dem Sohne Tisza's, der sehr lebhaft für die bekrittelten Artikel des Wehrgesetzes eingetreten war. Die Opposition hat im Laufe des Kampfes selbst eingesehen, daß sie zu weit gegangen war, und hat mit der Erklärung zu Gunsten des deutsch-österreichisch-italienischen Bündnisses endgiltig den Rückzug angetreten.

Man kann es den ungarischen Heißspornen glauben, daß ihre Opposition ursprünglich nur der Person Tisza's galt und von dem Streben geleitet war, die ungarische Verfassung und die nationalen Ansprüche der Magyaren gegen jede Beeinträchtigung zu vertheidigen, aber es ist ganz unzweifelhaft, daß die Berathungen über das Wehrgesetz in Deutschland einen ungünstigen Eindruck gemacht haben und in dem Sinne aufgefaßt worden sind, daß die Angriffe gegen Tisza zugleich eine feindliche Spitze gegen Deutschland hatten. Das Zugeständniß des Grafen Apponyi und des Herrn Helfy, daß eine derartige Absicht nicht bestanden habe, nehmen wir gern und mit Genugthuung entgegen, aber wir können den Wunsch nicht unterdrücken, daß die Herren Abgeordneten des ungarischen Reichstages in Zukunft ihrer Meinung auch unzweifelhaften Ausdruck geben und nicht zu Mißdeutungen Anlaß bieten mögen, welche keineswegs blos von der deutschfeindlichen Presse aufgebracht worden sind, sondern in Deutschland selbst sehr verbreitet waren, ja sogar von der deutsch-österreichischen Presse in gutem Glauben als begründet angenommen wurden. Nun, dieses Stadium ist heute überwunden und wir dürfen uns heute wieder dem Gefühl der Sicherheit hingeben, daß der Dreibund in Ungarn so gut wie keine Gegner besitzt. Einer so deutlichen und allgemeinen Kundgebung für den Dreibund, wie sie der 25. Februar im ungarischen Abgeordnetenhause gebracht hat, können auch die Franzosen die Anerkennung, welche eine wichtige Thatsache verdient, nicht versagen, und wir werden nicht verfehlen, uns darauf gelegentlich zu berufen.

Mit der günstigen Wendung, welche die Wehrgesetzdebatte im ungarischen Abgeordnetenhause genommen hat, trifft ein gleiches Ereigniß in der italienischen Abgeordnetenkammer zusammen; auch dort hat die Opposition gegen den Ministerpräsidenten Crispi einer unbefangenen Würdigung der Sachlage Platz gemacht. Auch dort haben die Führer des Angriffs gegen Crispi eingesehen, daß sein Ansehen zu fest begründet ist, als daß es durch einen ungestümen Ansturm erschüttert werden könnte, und außerdem sind sie wohl auch zur Einsicht gelangt, daß der Dreibund eine feste Stütze in der öffentlichen Meinung besitzt. Auf bloßem Zufall beruht dieses Zusammentreffen wohl kaum, und der Gedanke liegt nahe, daß die jüngst wieder scharf hervorgetretene Unsicherheit der politischen Verhältnisse in Frankreich darauf nicht ohne Einfluß geblieben ist. Daß Sympathien für Frankreich sowohl in der ungarischen als auch in der italienischen Volksvertretung vorhanden sind, ist durch eine Reihe von Thatsachen erwiesen, welche an dieser Stelle eingehend erörtert worden sind; wenn also die Opposition in beiden Parlamenten jetzt plötzlich eine mildere Tonart anstimmt und ihren Widerspruch in einem Hauptpuncte, wie im ungarischen Reichstag geschehen ist, plötzlich ganz fallen läßt, so ist das nicht einem augenblicklichen Gesinnungswechsel zuzuschreiben, sondern dem begründeten Zweifel, ob Frankreich als Bundesgenosse wirklich den Werth hat, welchen ihm seine Freunde in Ungarn und in Italien zuschreiben.

Die feindselige Haltung Frankreichs gegen Aschinow hat in den deutschfreisinnigen Kreisen Rußlands den allerschlechtesten Eindruck gemacht, und obwohl Goblet wiederholt die Sendung des russischen Kriegsschiffs nach dem Rothen Meere in St. Petersburg vergeblich in Anregung gebracht hatte, so ist doch das schließliche gewaltsame Einschreiten gegen den russischen Abenteurer in Rußland selbst bei den Gegnern desselben übel vermerkt worden. In Frankreich erhebt jetzt Déroulède seine Stimme für Aschinow und feiert ihn als Feind Deutschlands und als Anhänger Boulanger's, um für diesen aus dem Zwischenfall Vortheil zu ziehen; aber dadurch wird der schlechte Eindruck, den die Sache in Rußland gemacht hat, nicht verwischt, und die Rückwirkung tritt auch noch anderswo zu Tage. Je mehr man sich in Oesterreich-Ungarn und in Italien überzeugt, daß die deutsche Freundschaft mehr werth ist als die französische, desto fester und unauflöslicher wird der Dreibund werden. In neuester Zeit hat er an Festigkeit wesentlich gewonnen, und dadurch ist zugleich der europäische Friede auf eine sicherere Grundlage gestellt worden als bisher.

Leipzig, 28. Februar.

* Die Audienz, welche der Kaiser am Sonnabend dem Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen, Herrn von Leipziger, ertheilt hat, hing mit dem für den März geplanten Besuch des Kaisers in Danzig zusammen. Der Kaiser hat sich bei dieser Gelegenheit, wie die „Danziger Zeitung" berichtet, bereit erklärt, während seiner Anwesenheit in Danzig die Vertreter von Stadt und Provinz, namentlich die Mitglieder des Provinzial-Landtages zu empfangen.

* Der Berliner Correspondent des „Standard" behauptet, nach seinen Informationen würde Se. Majestät der Kaiser Wilhelm Anfang Juni nach England kommen, bevor Kaiser Alexander Berlin besuche. Des Kaisers Besuch in England sei eminent politischer Natur.

* Am Sonntag Nachmittag hat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten v. Bismarck eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden, worin nach dem „Hamb. Corresp." u. A. auch die Socialistenfrage berührt worden ist.

* Die „Kreuzzeitung" bezweifelt, daß die Absicht, auf den 9. März einen für Preußen gemeinsamen Buß- und Bettag anzuberaumen, überhaupt besteht; „wäre sie aber wirklich vorhanden, so ließe sie sich auf evangelischer Seite ohne die Zustimmung der Generalsynode und der Synoden für Kurhessen, Hannover und Schleswig-Holstein nicht verwirklichen. Es bäumte sich also, soweit die Kirche in Betracht kommt, nur um eine Gedächtnißfeier an dem nächst bevorstehenden 9. März handeln."

* Die Vermählung des Prinzen Alexander von Battenberg mit der Sängerin Loisinger wird von verschiedenen Seiten bestätigt, so daß an der Richtigkeit der Nachricht nicht mehr zu zweifeln ist. Ueber Zeit und Ort der Vermählung gehen die Angaben auseinander; die meisten stimmen darin überein, daß die Verbindung Anfang Februar in einem Orte der Riviera vollzogen ward. Dagegen wird uns mitgetheilt, sie habe am 2. Februar in Paris stattgefunden. Dieses Datum, welches übrigens gleichgiltig ist, hat auch der „Berliner Börsen-Courier". Der Prinz wird den Namen eines Grafen Hartenau führen.

* Die deutschfreisinnige Presse zerbricht sich seit einiger Zeit wieder Tag für Tag den Kopf der nationalliberalen Partei. Die Ritter vom Mackenzie-Geffcken-Morier-Orden wollen herausgefunden haben, daß die Nationalliberalen von den Wirkungen des Cartels keineswegs erbaut seien.

„Wir denken, schreibt die „Kölnische Zeitung", daß wir den Dingen etwas näher stehen und einen günstigen Beobachtungsposten einnehmen; nach unsern Erfahrungen aber bringt der verhängnißvolle und verwirrende Cartelgedanke mit fliegender Macht werbend in Kreise vor, welche bisher schmollend beiseite standen. Unzutreffend wie die Beobachtungen über Cartelmüdigkeit sind auch die Gründe, mit welchen die deutschfreisinnige Presse diese nicht vorhandene Stimmung zu erklären sucht. Die deutsche Staatskunst, welche mit dem Parlament regieren will, könne sich, so führt man aus, entweder auf das Cartel oder auf die verbündeten Conservativen und Centrumsreactionäre stützen. Das ist vollständig richtig; ein Staatsmann, der Reaction treiben will, muß bei dem großen Verhältniß der kleinen deutschfreisinnigen Partei Anlehnung suchen. Zur Vervollständigung des Bildes kann man noch hinzufügen, daß neben diesen beiden Regierungsmöglichkeiten eine dritte, welche etwa mit der Handvoll Radicalen rechnen wollte, in der praktischen Politik überhaupt nicht vorhanden ist. Cartel oder clerikal-conservative Reaction heißt also die dauernde Alternative, über welche jeder deutsche Mann sich zu entscheiden hat. Wir begreifen es deshalb sehr wohl, daß die Centrumspresse, welche sich nach den agrarischen und reactionären Fleischtöpfen sehnt, sich krampfhaft bemüht, das Cartel als unhaltbar und die verbündeten Parteien als cartelfrank hinzustellen. Das Centrum betrachtet sich eben als den legitimen Erben des Cartels, es weiß, daß es ernten wird, wo Eugen Richter gesäet hat. Aber ganz unverständlich ist es uns, wie liberale Männer die Geschäfte der Reaction besorgen können. Der unaufhaltsame Rückgang des Deutschfreisinns in den gebildeten und besitzenden Classen erklärt sich unter diesem Gesichtspuncte sehr einfach: denn der liberale Bürgersinn wird nur dann, wenn er in seiner Gesammtheit die radicale Kinderkrankheit geistig überwindet, im Stande sein, den Dunkelmännern und Rückschrittlern einen geschlossenen und unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen. Stellt das liberale Bürgerthum sich dagegen durch deutschfreisinnige Schwaden ein politisches Armuthszeugniß aus, so verdient es auch jedes Schicksal, welches die Geschichte ihm bereitet."

* Vom Weimarischen Landtag wird uns vom 26. d. M. geschrieben:

Nachdem Abgeordneter Kolbe eine Interpellation, betreffend eine gewünschte „durchgreifende Revision der Gesindeordnung vom 18. Juni 1823", eingebracht und eingehend motivirt hatte, trat der Landtag in seiner gestrigen siebenten Sitzung in die Tagesordnung ein und verhandelte über den Hauptvoranschlag der Staats-Einnahmen und -Ausgaben für die Finanzperiode der Jahre 1890 bis 1892, über welchen die nöthigsten Mittheilungen an dieser Stelle bereits gemacht worden sind, sodaß ein näheres Eingehen auf denselben hier unterbleiben kann. Erwähnt sei nur, daß, was die äußere Erscheinung des Etats anbelangt, seitens des Präsidenten es dankbar anerkannt wurde, daß derselbe diesmal gedruckt vorliege und jedem Abgeordneten übergeben sei. Von einigen Rednern wurde besonderes Gewicht gelegt auf die Berücksichtigung und Unterstützung der Landwirthschaft bei der Verwendung der Ueberschüsse, während Andere (die Vertreter von Weimar und Apolda) auch für Industrie und Handel eine Lanze einlegten. Die Vorlage ging im Wesentlichen an den Finanzausschuß. — Schon neulich habe ich kurz gemeldet, daß eine Erhöhung der Domainenrente (Civilliste) von Seiten der Regierung gewünscht werde und zu den bisherigen 930 000 ℳ noch weitere 30 000 ℳ für die nächste Finanzperiode dem Landtage zur Bewilligung vorgeschlagen werden. Diese Mehrforderung hängt mit den Kosten des Betriebes des großherzoglichen Hoftheaters zusammen. Ein besonderes Decret begründet sie. Die Domainenrente von 280 000 Thalern (740 000 ℳ) wurde am 3. April 1848 festgesetzt, und zwar unter der „Voraussetzung, daß Hoftheater und Hofkapelle auf der Civilliste verbleiben und für diese auch den allgemeinen Zwecke dienenden Institute die bisherigen Summen fortwährend verwendet werden". In den seitdem verflossenen 40 Jahren hat sich natürlich manche Aenderung vollzogen in Bedarf und Preisen; die Domainenrente ward zweimal erhöht, so daß sie seit zehn Jahren auf dem angegebenen Betrage von 930 000 ℳ steht. Mit dieser Erhöhung ist aber, wie in der Vorlage gesagt ist, das Mißverhältniß zwischen den Preis- und Bedarfsverhältnissen und den Erträgen des Kammervermögens von 1848 und jetzt bei Weitem nicht ausgeglichen worden". Die jetzige Vorlegung dieses Gegenstandes geschieht „in ganz besonderer Beziehung auf einen einzelnen Zweig der der Domainenrente vom Landtage selbst ausdrücklich auferlegten Ausgaben, deren Betrag in den letzten 40 Jahren in ganz außerordentlicher Weise sich gesteigert hat: das Hoftheater." Der Zuschuß aus den Einnahmen vom Publicum erforderte 1848: 32 505 Thlr. (97 515 ℳ), 1887—88 aber 209 144 ℳ. Die Vorlage nimmt nun Bezug auf die gestiegenen Ansprüche des Publicums an die künstlerische Ausstattung, auf die Steigerung der Preise in der Theaterverwaltung, namentlich aber auf die Höhe der Gagen der Künstler, und weist auf das Ziel der weimarischen Hofbühne hin, das sie immer haben müsse, eine Stätte edelster Bildung zu sein, die nicht „um geringeren Kostenaufwandes willen zu einer Stätte der blahen Belustigung und Unterhaltung herabsinken dürfe". Es wird also die Erhöhung der Domainenrente von 930 000 auf 960 000 ℳ erbeten und die Summe von 30 000 ℳ als eine „mäßige Anforderung" angesehen, namentlich auch in Vergleich mit den Erträgen des Kammervermögens, „die nach Besserung aller Verwaltungszweige und der erhöhten Domainenrente dem Staatsfiscus in jedem der Jahre 1884, 1885 und 1886 durchschnittlich mit 418 400 ℳ, 1887 mit 484 171,79 ℳ zugeflossen sind". — Ich füge hinzu, daß die artistische und administrative Leitung des Hoftheaters und der Hofkapelle der Generalintendanz als einer selbständigen Behörde übertragen ist.

* Die aus dem „Fränkischen Courier" in das „Berliner Tageblatt" übergegangene Nachricht von einer Erkrankung des Prinzen Rupprecht von Bayern entbehrt, wie der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" von zuständiger Seite mitgetheilt wird, jeglicher Begründung.

* * *

* Beinahe zwei Jahre hindurch hat der norwegische Ministerpräsident Johann Sverdrup die Vorwürfe als unbegründet zurückgewiesen, daß er den Grundsätzen der parlamentarischen Regierung, deren Anerkennung die Norweger 1884 nach langjährigen Kämpfen unter Führung dieses selben Sverdrup errungen hatten, untreu geworden wäre. Nach den letzten Wahlen muß er sie freilich schwerlich hinnehmen, denn seine Partei umfaßt gerade ein Fünftel der Mitglieder des Storthing, und trotz dieser winzigen Minderheit wollte er nichts vom Rücktritt wissen, hoffte vielmehr mit Hilfe zweier Mehrheiten (23 Ministerielle und 39 Linke gegen 50 Conservative, oder 23 Ministerielle und 50 Conservative gegen 39 Liberale) die Fortdauer seines Regiments zu erzwingen. Dieser Versuch ist jedoch, wie man der „Vossischen Zeitung" schreibt, schon als gescheitert zu betrachten. Die Rechte, der nur noch sieben Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlen, läßt sich kaum noch auf Verhandlungen ein, sie bestimmt und die ministerielle Mittelpartei hat sich einfach zu fügen. Das trat in beschämender Weise bei einem Anfrage der Rechten im Odelsthing hervor, welche den Zweck verfolgt, die zum 1. Januar 1890 beschlossene Einführung der neuen Strafproceßordnung durch Verschiebung des Termins zu verhindern. Die Conservativen widersetzten sich diesem Gesetze so sehr, weil dasselbe dem Volke das Schwurgericht bringen soll. Wenn sie das Regiment schon behalten, so würde die Jury nie eingeführt werden. Die ministerielle Partei war zuerst entschlossen, die Verschiebung kurzer Hand abzuweisen; als die Rechte ihre Forderung auf Commissionsberathung aber mit sehr verständlichen Drohungen unterstützte, gaben die Ministeriellen nach. Bei dem Volksschulgesetze ergreift die Regierung selbst die Initiative, um die Vorlage den Wünschen der Rechten genehm zu machen. Nur der Minister des Innern, Staatsrath Lieftdt, der am 5. März 1888 in die Regierung eintrat, hat den Standpunct der Linken in Beziehung auf das Schulgesetz nicht aufgeben wollen und hat in Folge dessen seinen Abschied erbeten und erhalten. Um diesem traurigen Spiel ein Ende zu machen, brachte der Abg. Berner im Namen der Linken folgende Resolution ein: „Unter Hinweis auf das Ergebniß der stattgehabten Wahlen, woraus hervorgeht, daß die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Reichstages kein Vertrauen zu der Regierung hat, erklärt der Reichstag, daß es dem Wohle des Landes entspricht, daß die Regierung dem Könige anempfehle, die Leitung des Landes anderen Händen anzuvertrauen." Am Dienstag sollte dieser Antrag zur Berathung gelangen, aber der Führer der Rechten, Advocat Stang, der offenbar das Ansehen Sverdrup's noch mehr untergraben lassen will, beseitigte die Berathung durch eine motivirte Tagesordnung. Wie die „Hamburger Nachrichten" melden, beantragte er, die Berathung